



PARLAMENTSINFORMATION
DER SPD-FRAKTION IM
HESSISCHEN LANDTAG

Wiesbaden, 23. April 2003
GUM

**Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Walter in der Debatte
über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Am 02. Februar haben die Menschen in Hessen über die Zusammensetzung dieses Parlamentes und der Regierung neu entschieden. Sie haben dies sicherlich deutlicher getan als viele es erwartet - und je nach dem eigenen Standort es befürchtet oder es erhofft hatten.

So schmerzhaft das Wahlergebnis vom 02. Februar für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war und ist, es gehört zum Wesenskern des demokratischen Systems die Entscheidung des Souveräns vorbehaltlos zu akzeptieren. Deshalb will ich Ihnen Herr Ministerpräsident Koch, auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion im Hessischen Landtag zur Wahl herzlich gratulieren; Ihnen und dem Kabinett alles Gute und bei allen Entscheidungen eine glückliche Hand zum Wohle der Menschen in unserem Lande Hessen.

Herr Ministerpräsident damit verbunden ist unser ehrliches Angebot für eine konstruktive Zusammenarbeit hier im Hessischen Landtag. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen unter Oppositionsarbeit nicht das Nein sagen um jeden Preis. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Menschen in unserem Lande die Nase gestrichen voll haben, von dem politischen Ritual, dass Vorschläge nur dann gut sein können, wenn sie aus den eigenen Reihen kommen und immer dann abzulehnen sind, wenn der Vorschlagende ein andersfarbiges Parteibuch besitzt.

Deshalb Herr Ministerpräsident: Wo immer wir den Eindruck haben, dass Ihre Entscheidungen in die richtige Richtung weisen, dass ihre Entscheidungen den Menschen in Hessen nützen und unser Land voran bringen, sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit bereit.

Herr Ministerpräsident, vor 18 Tagen haben sie an dieser Stelle in ihrer Dankesrede nach ihrer Vereidigung die Fraktionsvorsitzenden aufgefordert, im Interesse

Herausgeber: Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion
Pressesprecher: Gert-Uwe Mende
Postfach 3240, 65022 Wiesbaden
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Telefon: (0611) 350-504
Telefax: (0611) 350-513
E-Mail: presse-spd@ltg.hessen.de
www.spd-fraktion-hessen.de

konstruktiver Zusammenarbeit auf die „großen Trommeln“ zu verzichten und Herr Präsident Kartmann wollte anschließend die Trommeln sogleich einsammeln.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Trommel bleibt am Mann - allerdings bin ich gerne bereit zu differenzieren: Die Trommel, die nicht die Politik, sondern allein den Menschen treffen soll, also losgelöst von seinen politischen Entscheidungen oder - Herr Ministerpräsident - auch Verfehlungen, diese Trommel will ich gerne in die Instrumentenkammer stellen - die Trommel der inhaltlichen Auseinandersetzung über die besseren Entscheidungen für die Menschen unserem Landes, die werden wir allerdings kräftig rühren - dies ist die Aufgabe der Opposition und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen die Oppositionsrolle an.

Konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition ist im hessischen Landtag - da werden mir alle beipflichten - eher ein Ausnahmetatbestand. Da verfügen viele hier über einschlägige Sachkompetenz:

Ich habe mir zur Vorbereitung auf den heutigen Tag die Entgegnung des damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU auf die Regierungserklärung von Hans Eichel aus dem Jahre 95 durchgelesen. Ich darf sie beruhigen, Herr Ministerpräsident, ich habe mir ihre Rede nicht zum Vorbild genommen - sonst hätte ich die ganz große Trommel zur Hand nehmen müssen.

Das will ich lassen - der Wahlkampf ist vorbei. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen engagierten Wahlkampf geführt - wir wollten Hessische Themen in den Vordergrund zu stellen - aber die Menschen hat anderes mehr bewegt. Wir hatten - vorsichtig formuliert - keinen Rückenwind. Trotzdem hat Gerhard Bökel bis zum Wahlsonntag über alle Maßen für unsere Vorstellungen geworben und gekämpft. Dafür lieber Gerhard, möchte ich mich auch an dieser Stelle für die gesamte SPD-Fraktion ganz herzlich bei Dir bedanken.

Deutschland - kein Zweifel - steckt in einer tiefen Krise. Strukturelle, demographische, konjunkturelle und internationale Ursachen kommen zusammen. Davon ist natürlich auch Hessen betroffen. Das eingeübte Klein-Klein der Tagespolitik wird nicht mehr ausreichen, die Probleme zu lösen. Auch dass dürfte jedem klar sein. Deshalb ist es gut, dass das Regierungsprogramm mit einem visionären Teil beginnt: Wie soll es in Hessen im Jahre 2015 aussehen?

Allerdings Herr Ministerpräsident, was wir vermissen ist, wie aus den Visionen Realität werden soll. Sie beschreiben Ziele, geben aber keine Wegbeschreibung. Wir sind aber nicht als Analysten gewählt, sondern als Entscheider. Es reicht nicht das Spiel zu spielen: Wünsch Dir was und immer dann, wenn es konkret wird die Verantwortung bei den anderen zu suchen. Mit ihren Visionen für morgen versuchen sie sich aus ihrer Verantwortung für heute davonzustehlen.

Sie haben ja richtig erkannt, dass in der Bundesrepublik von allen Parteien allzu lange Politik nach dem Motto: „Allen Wohl und keinem Wehe“ gemacht wurde. Aber mit ihrem Regierungsprogramm und der eben gehörten Regierungserklärung verharren sie in Gefälligkeiten, Überschriften und Appelle an andere.

Sie appellieren an die Menschen für das gleiche Geld mehr zu arbeiten. Im Bereich der freien Wirtschaft haben sie darauf überhaupt keinen Einfluss und über den Bereich, den sie selbst zu verantworten haben, zum Beispiel bei den Beamten findet

Herausgeber: Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Pressesprecher: Gert-Uwe Mende

Postfach 3240, 65022 Wiesbaden

Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Telefon: (0611) 350-504

Telefax: (0611) 350-513

E-Mail: presse-spd@ltg.hessen.de

www.spd-fraktion-hessen.de

sich gerade keine konkrete Aussage, dass wäre ja dann auch unpopulär. Und mit der Ausweitung ihres Kabinetts haben sie den Grundsatz umgekehrt – weil da jetzt für mehr Geld die gleiche Arbeit von mehr Personen gemacht wird. Sie sehen: Selbst Worthülsen können gefährlich sein.

Und bei der Finanzpolitik wird die fehlende Gestaltungskraft ganz offensichtlich - Sie wollen einen ausgeglichenen Landeshaushalt - das ist gut. Mit ihrer Politik gehen wir aber den Schuldenberg weiter rauf und nicht runter. Sie haben alleine im letzten Jahr 2 Milliarden EUR an zusätzlichen Schulden aufgenommen. Sie haben erstmals in der Geschichte Hessens einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Von finanzpolitischer Disziplin kann keine Rede sein. Im Gegenteil.

Es muss Ihnen doch klar sein, dass ihr Kurs das Land schon mittelfristig handlungsunfähig macht. Über diese ganz schlichte Tatsache können sie weder durch die schönsten Worthülsen noch durch die längsten Reden hinweg täuschen.

Herr Ministerpräsident, die Wahrheit ist, - dass wissen sie so gut wie ich - , dass ihr Programm ausschließlich vom Prinzip Hoffnung lebt. Hoffnung auf Wachstum und schnell steigende Steuereinnahmen. Und die Wahrheit ist auch, dass Ihnen der Mut und die Kraft fehlt, zu grundsätzlichen Entscheidungen fehlt.

Herr Ministerpräsident, als am Abend des 02. Februar feststand, dass die SPD nicht die Regierung stellen würde, da habe ich Ihnen das 56 Mandat gegönnt. Ich dachte jetzt gibt es keine koalitionsären Ausflüchte mehr.

Aber Fehlanzeige, ihr Regierungsprogramm liest sich wie eine Koalitionsvereinbarung, die CDU mit der CDU geschlossen hat. Alles ist irgendwie wichtig. Aber sie verlieren kein Wort, wie sie irgend etwas finanzieren wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, es sei Ihnen zugestanden, dass Sie an anderer Stelle mit dem Slogan „Weiter so“ nicht schlecht gefahren sind. Aber wenn sie hier in Hessen nicht endlich mit der hemmungslosen Schuldenmacherei aufhören, dann ist hier bald „Schicht im Schacht.“

Nicht „Verantwortung für Morgen“, sondern „Titel ohne Mittel“ wäre die treffende Überschrift über ihr Programm. Noch einmal: Sie haben im letzten Jahr einen verfassungswidrigen Haushalt verantwortet - sie sind dabei das Land im wahrsten Sinne des Wortes finanzpolitisch zu ruinieren - es handlungsunfähig zu machen und dann schwadronieren sie über den demographischen Wandel und die Verantwortung für zukünftige Generationen. Es mag ja angehen, dass man ein Programm mit visionärer Lyrik beginnt - aber es dann mit realitätsferner Prosa fortzusetzen, das reicht eben nicht.

Bei der Lektüre Ihrer „Vision von Hessen im Jahre 2015“ da wird es einem ganz warm ums Herz. Auf der abstrakten Ebene gehört vieles zum Bereich der Gemeinsamkeiten: Da haben wir die besten Schulen, die erfolgreichste Schüler, wenig Kriminalität. Hessen wird ein familienfreundliches Land sein. Wir haben eine geringe Arbeitslosenquote, wenige Sozialhilfeempfänger, eine intakte Umwelt und gesunde Nahrung und die Vision gipfelt dann in dem Wunsch, dass Hessen im Jahre 2015 in den Verkehrsmeldungen nicht mehr vorkommt.

Alles ein bißchen sehr dick aufgetragen. Man wartet geradezu noch darauf, dass im Jahre 2015 alle Menschen in Hessen regierungsamtlich glücklich sind.

Ich halte es für richtig und notwendig, dass Politik über den Tag und das Ende einer Legislaturperiode hinaus denkt. Die nächsten Wahlen sollten nicht das Ende des zeitlichen Rahmens sein, in dem sich Politikplanung bewegt.

Und ich gebe Ihnen absolut recht, wenn es heißt - ich zitiere jetzt:, dass „konkrete politische Vorgaben gemacht werden müssen“, die „nicht kurzfristige Erfolgsmeldungen zum Ziel haben, sondern die Benennung und Lösung der enormen demographischen, finanzwirtschaftlichen und umweltpolitischen Probleme - auch wenn es teilweise schmerzhaft und unpopulär ist“.

Nur meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, warum machen Sie dass denn nicht ? Wo sind denn die Lösungsvorschläge ? Wo sind denn die konkreten Vorgaben, welche die enormen finanzwirtschaftlichen Probleme lösen sollen?

Da findet sich in dem Programm nichts. Statt dessen: viel altbekanntes, Gefälligkeiten und die üblichen Grußadressen an die Interessengruppen im Land. Also getreu den Motto: Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen - nur so bringen sie unser Land Hessen nicht nach vorn.

Ich möchte dies an einigen Themenfeldern deutlich machen und mit der Bildungspolitik beginnen weil sie Herr Ministerpräsident es ebenfalls mit Priorität behandelt haben.

Bildung

Wenn Sie versprechen, dass im Laufe dieser Legislaturperiode alle hessischen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten sollen in erreichbarer Nähe zum Wohnort ein Ganztagsangebot in Anspruch nehmen zu können, dann entspricht dies - jedenfalls formal - einer der zentralen Wahlkampfaußagen meiner Partei.

Dieses Versprechen können Sie machen, weil Ihnen die rot-grüne Bundesregierung in den nächsten drei Jahren geschätzt 80 Millionen EUR jährlich zum Aufbau eines Ganztagschulsystems zur Verfügung stellt. Nach dem ganzen Hickhack, den sie im Wahlkampf veranstaltet haben, könnten sie jetzt ruhig einmal ein bißchen lockerer sein. Sie hätten die rot grüne Bundesregierung auch einmal ausdrücklich loben können. Hier hat sie es wahrlich verdient.

Und sie schweigen auch zu den pädagogischen Konzepten für die Ganztagschule. Bislang verstand die Hessische Kultusministerin unter Ganztagschule in Hessen die ganz normale Vormittagsschule mit einem Mittagstisch und der Möglichkeit unter Aufsicht nachmittags die Schulbibliothek zu besuchen. Dies allerdings Ganztagschule zu nennen, dürfte den Tatbestand des Etikettenschwindels erfüllen - und was schlimmer ist: Nicht im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Eltern liegen.

Frau Kultusministerin, wenn Sie meinen mit einer Lehrerstelle zusätzlich aus einer Halbtagschule eine Ganztagschule machen zu können, dann ist das nachgerade lächerlich.

Wir sehen Lernzuwachs bei der Landesregierung im Bereich frühkindlicher Bildung. Erfreulich ist, dass die konservative Seite nunmehr erstmals anerkennt, wie wichtig frühkindliche Bildung ist. Als SPD und FDP letztes Jahr zeitgleich entsprechende Vorschläge gemacht haben, war die Reaktion der Unionsseite vorsichtig formuliert eher zurückhaltend. Allerdings auch hier wieder: Viele Worte und schöne Titel - aber keine Mittel.

Wir begrüßen, dass Sie die Beruflichen Schulen zu Zentren lebensbegleitenden Lernens weiterentwickeln wollen. Aber da hätten sie besser die Texte von unserem Kollegen Bernd Riege einmal genauer angeschaut. Es reicht nämlich nicht, den Beruflichen Schulen eine Perspektive für die Verbindung mit den Ausbildungszentren der Wirtschaft bieten zu wollen. Die Beruflichen Schulen brauchen sofort mehr Autonomie, um Handlungsfreiheit bei der Beteiligung an regionalen Netzwerken zu erhalten. Das können die Schulen vor Ort selbst besser als die Zentrale in Wiesbaden. Und was auch fehlt ist bei aller erklärter Wertschätzung der Beruflichen Schulen, dass sie die notwendigen Mittel für Investitionen in die technische Ausstattung der Schulen bereitstellen. Verstehen Sie: Ohne die entsprechenden Mittel und ohne größere Autonomie können sie die Beruflichen Schulen nennen wie sie wollen - verbessern wird sich nichts.

Ich möchte nun zum Kern der bildungspolitischen Debatte kommen. Nicht erst seitdem uns die PISA-Studie eine Bildungsmisere in unserem Land attestiert hat, bin ich der Überzeugung, dass wir unsere bildungspolitischen Grundsätze hinterfragen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja wir brauchen in Deutschland und in Hessen eine neue Bildungsdebatte und zwar jenseits von rein quantitativen Antworten. Wir müssen uns darüber unterhalten, warum integrative Systeme besser abschneiden als gegliederte Systeme. Ja, ich sage hier ganz deutlich: Wir brauchen wieder eine Schulformdebatte.

Das ist gefahrgeneigtes Gelände, das ist mir bewußt. Da ist die Waffenkammer der Konservativen hier in Hessen noch aus den 70er Jahren gut bestückt: Zwangsgesamtschule, Griff in die sozialistische Mottenkiste usw.

Aber da sind sie bei mir an der falschen Adresse. Ich will objektive Schlüsse aus den Ergebnissen der PISA-Studie ziehen - und da haben integrative Systeme wie beispielsweise in Finnland und Schweden hervorragend abgeschnitten. Das mag viele Gründe haben, aber es ist doch der Mühe Wert, sich das einmal wirklich unvoreingenommen anzusehen.

Nur das können Sie nicht. Herr Ministerpräsidenten hat die Bildungspolitik sozusagen zur Chefsache erklärt - die Schülerinnen und Schüler in unserem Lande dürften das wohl eher als Drohung verstehen.

Es ist doch ganz offensichtlich, dass die Hessen Union nach wie vor tief verankert ist in den ideologischen Auseinandersetzungen der Schulkämpfe der 70 Jahre. Und nach wie vor sind die Dreigliedrigkeit und damit die möglichst frühzeitige und

Herausgeber: Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Pressesprecher: Gert-Uwe Mende

Postfach 3240, 65022 Wiesbaden

Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Telefon: (0611) 350-504

Telefax: (0611) 350-513

E-Mail: presse-spd@ltg.hessen.de

www.spd-fraktion-hessen.de

endgültige Auslese der Leitgedanke ihrer Bildungspolitik. Nach wie vor scheint es in ihren bildungspolitischen Vorstellungen einen ganz entscheidenden Tag im Leben eines Schülers zu geben, nämlich den letzten Schultag der 4. Klasse, an dem wird dann das - ich zitiere das Regierungsprogramm „verbindliche Übergangssprofi in die fünfte Klasse erstellt“ und dann steht alles fest, die Weichen werden gestellt und gut ist.

Liebe Frau Kultusministerin mit dieser Ideologie aus dem Jahre 1970 können sie ihre Vision für 2015 niemals erreichen.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist doch nicht so, dass wir keine neuen Erkenntnisse gewinnen. Bei der internationale Iglu-Grundschulstudie haben wir doch im Gegensatz zu PISA ganz ordentlich abgeschnitten. Es zeigt sich das unsere Probleme doch wohl eher in der Mittelstufe liegen. Vielleicht liegt dies daran, dass ab der Mittelstufe Fächer im Mittelpunkt stehen - statt Schüler.

Nun ist es ja nicht so, dass Sie das Problem nicht sehen würden. Sie suchen ja auch eine Antwort zu finden. Nämlich die Stärkung der Hauptschulen. Aber - meine sehr verehrten Damen und Herren trotz aller christdemokratischer Stärkungsversuche - wir stellen fest, dass die Hauptschule in den Jahren immer schwächer geworden ist. Warum denn?

Doch nicht deshalb, weil in der Hauptschule schlecht gearbeitet wird oder weil die Lehrer das nicht wollen, sondern weil Eltern und Schüler wissen, dass ihre Chancen dramatisch schlechter werden, je geringer ihre formalen Qualifikationen sind.

Schauen Sie sich doch nur einmal die Entwicklung der beruflichen Bildung an. In den 80er Jahren sind da die theoretischen Anforderungen so stark nach oben gedrückt worden, dass die klassischen Hauptschülerinnen und Hauptschüler das nicht mehr schaffen. Sehen Sie der Betriebsschlosser der 70er Jahre hatte zwei Seiten Ausbildungsverordnung. Der Industriemechaniker der Fachrichtung Werkzeugtechniker hat heute über 100 Seiten.

Diese Realität ist an Ihnen vorbeigegangen. Aber nicht an den Schülern und Eltern. Deshalb stimmen die mit den Füßen ab. Wie wollen Sie den dem verständlichen Wunsch vieler Eltern entgegenwirken? Wollen Sie den Elternwillen ignorieren und die Kinder gegen den Willen der Eltern in die Hauptschulen zwingen?

Darauf haben sie keine Antwort. Ich sage Ihnen, die Zukunft der Bildung ist nicht die Dreigliedrigkeit. Das zentrale Element einer zukunftsfähigen Schulform ist die Durchlässigkeit in alle Richtungen, in allen Fächern.

Im Gegensatz zu Ihnen führe ich diese Debatte nicht ideologisch. Es gibt viele Ansätze, die dem entsprechen. Ich halte beispielsweise die Verlängerung der Grundschulzeit für einen sinnvollen Vorschlag - mit den Ergebnissen der Iglu Studie lässt sich dies hervorragend begründen. Und auch die Debatte um integrative und kooperative Gesamtschule werden wir in diesem Hause wieder führen.

Sie - dass steht zu befürchten – tun dass ideologisch gefärbt, wie in den 70er Jahren. Wir werden das pragmatisch machen. Und - ganz wichtig - unter Berücksichtigung der ökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, der gehören ja wohl auch wir an, stellen fest, dass in Zukunft der Bedarf an Absolventen mit Hochschulqualifikation in den Betrieben größer sein wird als der Bedarf an Absolventen des Dualen Systems. Die Frau Kultusministerin träumt vom bayerischen Schulmodell. Die haben dort eine Abiturquote von 18 %. Das - meine sehr verehrten Damen und Herren ist nicht zukunftsfähig für die hessische Wirtschaft.

Herr Ministerpräsident, im Regierungsprogramm prognostizieren Sie, dass bis zum Jahre 2020 die Zahl der Kinder unter 16 Jahren in Hessen um über ein Viertel zurückgeht. Gleichzeitig wird der Bedarf an gut qualifizierten Schulabgängern weiter steigen. Deshalb muss das Ziel doch sein: Wir wollen die Zahl der hohen und höchsten Bildungsabschlüsse in Hessen steigern – dies ist ein Gebot der Chancengleichheit und der ökonomischen Vernunft.

Sie aber verbauen mit ihrer Ideologie vom „begabtgerechten Schulsystem“ vielen Kindern die Zukunft. Sie glauben fest daran, dass am letzten Schultag der vierten Klasse bei allen Schülerinnen und Schülern endgültig sichtbar ist, wozu sie für den Rest ihrer Schulzeit begabt sind. Das ist doch offensichtlicher Unsinn.

Abschließend hierzu noch einen Punkt. Vergleichende Tests während der Schulzeit sind wichtig und richtig. Allerdings gilt dies nicht für die von Ihnen angekündigten zentralen Abschlussprüfungen. Damit setzen sie sich in Widerspruch zu dem Versprechen den Schulen mehr Autonomie zu geben. Zentrale Abschlussprüfungen verhindern gerade, dass Schulen eigenständige Profile entwickeln, da sich alle an den zentralen Prüfungen orientieren müssen.

Wenn die Frau Kultusministerin beschwichtigt: aber dafür gibt's doch Autonomie, was die Schulverwaltung angeht, dann kann ich nur sagen - sehr gut: erst stecken sie die Schulen in die Zwangsjacke, dann spenden sie Trost: Innerhalb der Zwangsjacke könne sich die Schule doch frei bewegen.

Nein, Frau Kultusministerin, mit den zentralen Abschlussprüfungen schaffen sie sozusagen die hessische Einheitsschule, was im übrigen auch zutiefst illiberal ist. Deshalb lehnen wir das ab.

Hochschulen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Hochschulpolitik möchte ich nur einige wenige Anmerkungen machen: Die SPD - Fraktion wünscht sich mehr Autonomie für die Hochschulen in Hessen. Und wir hätten uns in den letzten vier Jahren durchaus mutigere Schritte vorstellen können. Der Ministerpräsident hat vor einigen Wochen die – jetzt - ehemalige Wissenschaftsministerin, die zu diesem Zeitpunkt noch im Amte war, recht hart kritisiert und vor seinem RCDS sozusagen als Bremsklotz dargestellt. Das allerdings halten wir für ausgesprochen unredlich!

Wir sind sehr skeptisch, ob der Herr Corts - denn ich ja ansonsten sehr schätze, der aber selbst erklärt hat, dass sich seine Kenntnisse in der Hochschulpolitik darauf beschränken, dass er selbst einmal studiert hat - hier eine bessere Arbeit machen wird als die Kollegin Wagner. Aber ich nehme an, dass der Kollege Hahn hierzu nachher noch Ausführung machen wird.

Ein Punkt noch: Bei der gleichen Veranstaltung hat der Ministerpräsident angekündigt, die bestehende studentische Mitbestimmung in Frage gestellt. Im Programm selbst ist das schon wieder zurückhaltender formuliert. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union: hier können sie prüfen so viel sie wollen - wenn sie die Mitbestimmung der Studentinnen und Studenten in Frage stellen, werden sie auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Wirtschaftspolitik

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun zur Wirtschaftspolitik. Da merkt man schon, dass die Union für diesen Bereich erstmals die Verantwortung in Hessen übernimmt. Ihre Vorstellungen sind völlig unkonkret und wolkig. Hessen ist im vergangenen Jahr im innerdeutschen Vergleich im Bereich des Wirtschaftswachstums von Platz zwei auf Platz sechs abgefallen. Das „Erfogsland Hessen“ ist nur noch im Mittelfeld - und Sie suchen nicht einmal die Ursachen hierfür.

Der Herr Wirtschaftsminister hat in der letzten Woche seine Vorstellungen öffentlich gemacht. Dabei ging es aber wohl mehr um Wirtschaftstheorie im allgemeinen als um Hessen im Besonderen. Nichts gegen Theorie - wir alle müssen lebenslang Lernen - I- aber es hätte uns schon interessiert, wie Sie wieder an die Spitze in Deutschland kommen wollen.

Und dabei ist doch eins klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wirtschaftliche Herz Hessens ist die Rhein-Main-Region. Wir wollen, dass sich die Regionen Nord- und Mittelhessen und auch Starkenburg hervorragend entwickeln können. Voraussetzung hierfür ist aber ein starkes Rhein-Main-Gebiet. Und die Tatsache, dass wir im Bundesvergleich ins Mittelfeld abgerutscht sind, hat sehr viel damit zu tun, dass der Wachstumsmotor auch im Rhein-Main-Gebiet ins Stottern gekommen ist.

Nun, soweit Sie das zur Kenntnis nehmen, ist Ihr Reflex dann der, das daran die Bundespolitik von Rot-Grün schuld ist. Nur: Das führt in die Irre. Weil diejenigen, die uns überholt haben, sich im gleichen bundespolitischen Rahmen bewegen wie wir in Hessen. Wenn aber die bundespolitischen Rahmenbedingungen die gleichen sind und die einen dabei besser abschneiden als die anderen, dann liegt doch bei uns einiges im Argen.

Es ist doch nachweisbar, dass die Regionen, die sich besser organisiert haben, auch bessere Ergebnisse erzielen. Und da sind viele weiter als wir. Ich nenne beispielhaft die Region Hannover und den Großraum Stuttgart. Und es ist doch nicht so, dass dies nur die Sozialdemokraten hier im Landtag sagen. Es ist doch die Wirtschaft selbst, welche die Defizite in der Organisation der Region kritisiert und die Landesregierung zum Handeln auffordert. Ich zitiere hier stellvertretend die Wirtschaftsinitiative Rhein-Main, in der FAZ vom 21.02.2003. Danach sind neue rechtliche und politische Rahmenbedingungen dringend erforderlich, um in der Konkurrenz mit anderen Wirtschaftszentren wie Paris oder London zu bestehen.

Und wie regiert der hessische Ministerpräsident? Er erteilt allen, die nach einer zukunftsfähigeren Organisation rufen eine Abfuhr. Er ist der Auffassung, dass dies kein vordringliches Thema sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat sich mit ihrem Ballungsraumgesetz verrannt. Unabhängig wie der Staatsgerichtshof entscheiden wird - dieses Gesetz schadet der Region Rhein-Main - es nützt ihr nicht. Das Ballungsraumgesetz ist : räumlich zu eng gefasst, es schwächt die Kommunen und stärkt sie nicht und es verstärkt das Gegeneinander und nicht das Miteinander in der Region.

Ich nehme jetzt einmal beispielhaft den Wetteraukreis und den Kreis Groß Gerau, weil ich mich in beiden Kreisen ganz gut auskenne. Es versteht dort kein Mensch, warum die eine Hälfte des jeweiligen Kreisgebietes dazugehört und die andere nicht. Oder nehmen wir die Landeshauptstadt Wiesbaden. Nach ihrem Gesetz gehört Wiesbaden nicht zum Ballungsraum Rhein-Main - nun gut, wozu soll Wiesbaden den sonst gehören - doch wohl nicht zu Mainz. Das versteht hier kein Mensch.

Und das Gesetz beeinträchtigt die Kommunen in ihrer kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb haben viele Kommunen das Gesetz beklagt. Sie wollen, dass die Kommunen im Umland zur Finanzierung der Stadt Frankfurt herangezogen werden - und zwar ohne dass die Kommunen ein Mitspracherecht haben. Das wurde lange Zeit von Ihnen bestritten. Und noch in ihrem Regierungsprogramm heißt es: ich zitiere wörtlich „wir wollen regionale Zusammenschlüsse im Wege der Freiwilligkeit unterstützen“.

Nur Herr Ministerpräsident, wie ist das in Einklang zu bringen mit ihrer Drohung die Kommunen nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs - ich zitiere wieder wörtlich - durch Kabinettsbeschluss zur Mitfinanzierung zu zwingen. Herr Ministerpräsident: Sie haben sich verrannt und nun beschleunigen sie die Geschwindigkeit. Ich sage Ihnen die regionale Organisation, die wir brauchen, erreichen wir nicht gegen die Kommunen, sondern nur mit den Kommunen.

Und schließlich fördert es die Konkurrenz innerhalb der Region. Sehen Sie, es ist für uns nicht ausschlaggebend, ob eine Investitionsentscheidung für Eschborn oder für Bad Vilbel getroffen wird. Ausschlaggebend ist, dass die Investition in dieser Region getätigt wird und nicht in Hannover oder Berlin oder meinetwegen in London oder Paris. Wir brauchen ein regionales Bewußtsein. Als Einzelkämpfer im internationalen Wettbewerb sind alle Kommunen in der Region - selbst die Freie Reichsstadt Frankfurt - zu klein. Um mit den besser organisierten Regionen mithalten zu können, müssen wir uns besser organisieren. Dies haben Sie bislang versäumt. Damit haben sie eine der Ursachen für Wachstumsschwäche in Hessen selbst gesetzt und zu verantworten.

Ich will noch einen Schritt weiter gehen. Was ist die bessere Organisation der Regionen?. Dies muss für die vier Regionen Hessens unterschiedlich beantwortet werden können. Es ist gut, wenn beispielsweise die Stadt Kassel und der Landkreis Kassel in Zukunft eng zusammenrücken wollen. Für das Rhein-Main Gebiet brauchen wir - davon bin ich überzeugt - eine große Lösung. Hier müssen wir auch die Frage nach den Verwaltungsebenen stellen.

So weit waren sie doch auch schon einmal Herr Ministerpräsident. 1998 haben sie in ihrem Wahlprogramm angekündigt die Regierungspräsidien abzuschaffen. 1999 haben sie die RPs dann nicht abgeschafft, sondern besetzt – die Abschaffung der RPs sei an der FDP gescheitert. Und heute regieren sie alleine – da reden sie

Herausgeber: Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Pressesprecher: Gert-Uwe Mende

Postfach 3240, 65022 Wiesbaden

Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Telefon: (0611) 350-504

Telefax: (0611) 350-513

E-Mail: presse-spd@ltg.hessen.de

www.spd-fraktion-hessen.de

überhaupt nicht mehr von solchen Dingen. Weil Ihnen hier Ihre Worthülsen auch nicht weiterhelfen würden– hier wäre entschiedenes Handeln gefragt.

Flughafen

Wenn die Rhein-Main Region wirtschaftspolitisch das Herz Hessens ist, dann ist der Flughafen Frankfurt der Herzmuskel. Wir wollen, dass sich der Flughafen weiter entwickeln kann. Wir wollen, dass möglichst viele neue Arbeits- und Ausbildungsplätze am Frankfurter Flughafen entstehen. Wir wollen, dass der Flughafen ausgebaut wird.

Wir wissen aber auch um die Belastungen, denen die Menschen in der Region schon jetzt ausgesetzt sind. Wir wissen, dass den Menschen in der Region weitere Belastungen ohne zumindest gleichzeitige Entlastungen nicht mehr zugemutet werden dürfen. Und wir wissen, dass der Schlüssel zum Ausbau des Flughafens in den Ergebnissen des Mediationsverfahrens liegt, insbesondere in dem absoluten Nachtflugverbot.

Deshalb stehen wir zu der Formel: Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot. Wissend, dass es ein Nachtflugverbot nur geben kann, wenn auch der Ausbau kommt. Und das wird nicht einfach. Herr Wirtschaftsminister, ich habe ihrem Vorgänger im Amte in der vergangenen Legislaturperiode einmal die mündliche Frage gestellt, wie er denn die Frage möglicher Schadensersatzforderungen bei einem Nachtflugverbot einschätzt. Er hat darauf - verständlicherweise - ausweichend geantwortet. Nachdem nun das Planfeststellungsverfahren vorbereitet wird und die Lufthansa und kürzlich auch die Post juristischen Widerstand gegen ein Nachtflugverbot und auch Schadensersatzforderungen angekündigt haben - können sie dieser Frage nicht mehr ausweichen. Sie haben mit solch komplexen Verfahren keinerlei Erfahrung und sie haben noch nicht einmal die üblichen 100 Tage Schonfrist. Es ist ihre Aufgabe, diese Frage so verbindlich zu klären, dass die Entscheidung für das Nachtflugverbot unumkehrbar wird, also mehrheitsfest und gerichtsfest getroffen wird. Dies ist mit Abstand die wichtigste und schwierigste Aufgabe vor der sie in dieser Legislaturperiode stehen.

Der hessische Ministerpräsident hat wieder den Aufsichtsratsvorsitz der Fraport AG übernommen. Er hat damit sozusagen eine Garantenstellung für den Ausbau und die Mediationsergebnisse übernommen. Ein Scheitern in der Ausbauforderung, wäre damit auch das Scheitern des Herrn Ministerpräsidenten. Für Sie - Herr Wirtschaftsminister - gilt das gleiche.

Wir unterstützen Sie dabei, wenn es darum geht die Vorgaben des Mediationsverfahrens zu erfüllen – und wir werden sehr genau kontrollieren, dass alle Vorgaben erfüllt sind.

Sozialpolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zur Sozialpolitik. In den letzten vier Jahren haben sie den Sozialetat als Steinbruch mißbraucht. Die Zahlen sprechen für sich: Lag der Sozialetat im ersten Jahr der Regierung Koch noch bei 755 Millionen EUR, hat die Sozialministerin jetzt gerade noch 580 Millionen zur Verfügung - und

man muss kein Prophet sein um vorhersagen zu können, dass der Sozialbereich bei der zu erwartenden Haushaltssperre erneut unter die Räder kommen wird.

Um diesen Kahlschlag zu verschleiern schwadronieren sie viel über „Fördern und Fordern“ und die Halbierung der Zahl der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger. Okay, nehmen wird dieses Ziel doch einmal für einen Moment ernst. Dann müssen sie sich zunächst um die Kinderbetreuung für die ca. 20.000 Alleinerziehenden kümmern und im nächsten Schritt für die ca. 70.000 erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die Wahrheit ist doch, dass dies zunächst mehr Geld kostet - viel mehr Geld kostet als zur Zeit an Sozialhilfe gezahlt wird. Herr Ministerpräsident, dass haben wir doch in Wisconsin gelernt. Ich war ja bei den Gesprächen dabei. Die dortige Sozialministerin hat doch darauf hingewiesen, dass die Programme richtig Geld kosten. Aber Mittel stellen sie nicht zur Verfügung - im Gegenteil.

Vom „Fördern“ bleibt beim genaueren Hinsehen nichts übrig. Und unter „Fordern“ - verstehen Sie, dass ist doch klar erkennbar - ausschließlich populistische Kampagnen gegen die schwächsten Teile der Gesellschaft. Sie suchen Sündenböcke meine Damen und Herren.

Damit wir uns richtig verstehen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen auch, dass Missbrauch bei Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen hart bekämpft wird. Aber wir werden nicht dulden, dass Sie einen in den Folgen viel dramatischeren Sozialmissbrauch immer ausblenden: Sozialmissbrauch ist nämlich auch, wenn man in diesem Lande gut und sicher lebt, seine Kinder auf gute Schulen und gebührenfreie Hochschulen schicken will, aber nicht bereit ist, im Rahmen der Gesetze und seiner Leistungsfähigkeit Steuern zu zahlen. Auch das ist Sozialmissbrauch, meine Damen und Herren.

Jugendpolitik

Der Herr Ministerpräsident hat ja auf den dramatischen demographischen Wandel hingewiesen. Deshalb soll Politik in der Verantwortung für die zukünftigen Generationen gemacht werden. Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam schauen, was die Landesregierung der Jugend anzubieten hat:. Da heißt es Jugendpolitik ist Politik für die Zukunft, sehr gut! Und weiter: Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität werden ausgebaut, geschlossene Heime für delinquente Kinder und Jugendliche werden geschaffen und Heranwachsende sollen zukünftig nach Erwachsenenstrafrecht behandelt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren Ihre Jugendpolitik lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: nämlich Worthülsen und Handschellen, sonst haben die Jugendlichen offensichtlich nichts von Ihnen zu erwarten.

Und es wäre bitter notwendig, jetzt aktiv für die junge Generation zu werden. Nach den Zahlen des Landesarbeitsamtes für den Monat März dieses Jahres standen hessenweit 21.351 noch nicht vermittelten Ausbildungsplatzsuchern nur 11.924 unbesetzte Lehrstellen gegenüber. Es fehlen also fast 10.000 Ausbildungsplätze in Hessen. Schaut man z.B. in Region Nordhessen sind die Zahlen noch viel dramatischer als landesweit. Für diese Jugendliche muß ihr Slogan vom „Erfolgsland Hessen“ mehr als zynisch klingen.

Der Not gehorchend kündigen sie jetzt eine runden Tisch für mehr Ausbildung am 05. Mai an. Wir befürchten, dass es bei unverbindlichen Gesprächen bleiben wird. Wenn die Landesregierung es hier bei Appellen belässt, dann ist der Ausbildungsnotstand nach dem Sommer absehbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie würden besser etwas für diese jungen Menschen tun, anstatt sich Gedanken um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts zu machen

Finanzen

Die Finanzpolitik ist die eigentliche Achillesferse ihrer Landesregierung. Hier wird der vollständige Realitätsverlust dieser Regierung deutlich. Sie sagen, sie hätten Hessen in den letzten vier Jahren finanzpolitisch an die Spitze der Bundesländer gebracht und sie kündigen an, ihre bisherige Finanzpolitik, die sie solide nennen fortzusetzen.

Sagen Sie mal Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, was war denn da los? Haben sie da noch Ihre Visionen gehabt. Haben sie sich da an den Händen gefasst, die Augen fest geschlossen und sich versichert, dass die Erde eine Scheibe ist? Also alles, was recht ist, alleine im letzten Jahr haben sie mit 2 Milliarden EUR einen traurigen Rekord bei der Nettoneuverschuldung zu verantworten. Herr Ministerpräsident, sie sind offensichtlich nicht einmal bereit, die katastrophale finanzielle Situation unseres Landes auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Sie wollen weiter machen wie bisher, d.h. die Schulden unseres Landes werden weiter explosionsartig steigen und damit auch die Zinsbelastung.

Und das sehen nicht bloß wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier in diesem Hause so. Der Steuerzahlerbund vermisst in den „vagen Absichtserklärungen des Ministerpräsidenten die Einsicht, dass ein schnelles und konsequentes Umsteuern dringend notwendig ist, wenn man nicht sämtliche Handlungsspielräume der Landespolitik verspielen will“.

Dabei rückt der mit Abstand größte Ausgabenposten des Haushalts, die Personalausgaben, ins Blickfeld. Bezeichnenderweise am morgigen Tage also einen Tag nach dieser Debatte wird der Landesrechnungshof seine Bemerkungen zum Haushaltsjahr 2002 der Öffentlichkeit vorstellen. Der Rechnungshof wird -das ist sicher - den historisch höchsten Schuldenstand des Landes feststellen und auf die dramatischen Entwicklung bei den Personalausgaben hinweisen.

Herr Ministerpräsident, Sie waren, was diesen Erkenntnisstand angeht auch schon einmal weiter. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, zitiere ich einmal aus Ihrer Landtagsrede zur Vorstellung des Suchan Papiers vom 05.06.1997: da heißt es: „die Konsolidierung des Haushalts - das geht nur über die Personalkostenquote“ - und weiter „wenn man eine Personalkostenquote von 46 % hat, dann kann man das nicht. Dann muss man die Personalkostenquote kurzfristiger senken“, soweit der Abgeordnete Roland Koch.

Herr Ministerpräsident, seitdem hat sich die Lage - wie sie wissen - noch dramatisch verschlimmert. Die Personal-Ausgabenquote ist, inklusive der Beschäftigten der Hochschulen auf 48,2 % angestiegen. Es ist schlicht falsch, wenn Sie in ihrem

Programm schreiben, dass Sie Personalkosten um 60 Mio. EUR pro Jahr reduziert haben. Wenn ich etwas reduziere, wird es nicht mehr. Und wie regieren Sie auf die dramatische Situation? Sie kündigen weitere 500 Lehrerstellen an, ohne auch nur andeutungsweise mitzuteilen, in welchen Bereichen sie dafür einsparen wollen. Zu solch einer unpopulären Aussage fehlt dieser Landesregierung ganz offensichtlich die Kraft.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in ihren Oppositionsjahren immer kritisiert, dass Hessen bei den Personalkosten im Ländervergleich an der Spitze liegt - in ihrer Zeit als Regierungschef haben sie dann nichts dagegen unternommen - ja im Gegenteil. Um eine Wahlkampfaussage von Ihnen zu verwenden: Der Vorsprung ist größer geworden.

Die Wahrheit ist, dass die eigentliche Sprengkraft bei den dramatisch steigenden Versorgungsleistungen liegt. Die Fakten liegen hier schon lange auf dem Tisch. Die Prognose der Arbeitsgruppe um den damaligen Chef der Staatskanzlei Suchan aus dem Jahre 1997 ist erstaunlich exakt. Für das Jahr 2001 hatte Suchan die Versorgungsausgaben des Landes auf 2,9 Milliarden DM geschätzt und damit haargenau richtig gelegen. Für das Ende dieser Legislaturperiode im Jahre 2008 sagt das Suchan Papier Versorgungslasten in Höhe von 4,5 Milliarden DM voraus - also eine Steigerung um 1,6 Milliarden DM, rund 800.000 EUR. Es ist höchste Zeit, dass wir damit aufhören, die Dramatik der Situation zu ignorieren.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger des Landes wird sich von 47.000 im Jahre 2000 auf 82.000 im Jahre 2020 fast verdoppeln. Rücklagen für die Versorgung der Landesbeamten und der beamtengleichen Personengruppen werden bislang nur in Höhe von 0,2 % der jährlichen Tarifsteigerungen gebildet. Zum 31.12.2002 hatte dieses Sondervermögen einen Stand von 103,6 Mio EUR, also nicht einmal 4 % der Versorgungslast für ein Jahr. Wenn Sie nun ankündigen, mit dem Aufbau einer zusätzlichen Rücklage für die Beamtenpensionen aus Haushaltsmitteln zu beginnen, dann ist das nur scheinbar ein guter Ansatz, weil Sie diese zusätzliche Rücklage durch zusätzliche Schulden finanzieren müssen. Und für die zukünftigen Generationen macht es keinen wirklichen Unterschied, ob Sie Versorgungslasten oder Schulden und Zinsen abtragen müssen, die Sie Ihnen hinterlassen.

Was Sie da vorhaben, ist ein leicht durchschaubarer Taschenspielertrick - Sie geben in die eine Tasche, was Sie aus der anderen nehmen - den zukünftigen Generationen hilft dies überhaupt nicht.

Weißer Salbe nützt nichts. Was wir brauchen, ist ein wirklicher Kurswechsel. Sie müssen mit den angekündigten 500 zusätzlichen Lehrerstellen anfangen. Wir fordern Sie auf, diese zusätzlichen Stellen im Angestelltenverhältnis und nicht mehr im Beamtenverhältnis zu schaffen. Das ist heute teurer, dass wissen wir. Und trotzdem ist es im Sinne der Handlungsfähigkeit unseres Landes notwendig, dass Sie die Kosten jeder dieser Stellen durch Einsparungen im Personalbereich an anderer Stelle finanzieren. Nur so handeln Sie tatsächlich Verantwortlich für die kommenden Generationen.

Das - meine sehr verehrten Damen und Herren - wäre ein guter Anfang. Natürlich reicht es bei weitem nicht zur Entschärfung der drohenden Katastrophe. Weitere Einschnitte sind notwendig. Und da müssen wir auch bei uns selbst anfangen. Wer Wasser predigt und Wein säuft, der ist nur verhalten glaubwürdig. Auch die

Herausgeber: Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Pressesprecher: Gert-Uwe Mende

Postfach 3240, 65022 Wiesbaden

Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Telefon: (0611) 350-504

Telefax: (0611) 350-513

E-Mail: presse-spd@ltg.hessen.de

www.spd-fraktion-hessen.de

Regelungen der Altersversorgung der Abgeordneten und der Regierungsmitglieder aber auch der kommunalen Wahlbeamten gehören auf den Prüfstand.

Sehen Sie, wenn ein normaler Arbeitnehmer mit akademischem Abschluss rund 40 Jahre Beiträge an die BfA abführen muss, um eine Rente von rund 1800 EUR zu erreichen, und ein hessischer Abgeordneter dies bereits nach sechs Jahren und dann schon mit 55 Jahren erreicht, dann ist nicht vermittelbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, ich wende mich jetzt einmal direkt an Sie. Sie alle wollen doch nach der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2006 noch diesem Hause angehören. Ihr Ministerpräsident will das nicht. Sein finanzpolitisches Motto kann deshalb sein: „Nach mir die Sintflut“.

Sie aber müssen ein Interesse an der Handlungsfähigkeit der Landespolitik haben. Sehen Sie: Sowenig die Menschen eine Oppositionsfraktion der Nein-Sager wollen, so wenig wollen sie eine Regierungsfraktion der Ja-Sager. Deshalb: Nehmen Sie Ihre Kontrollfunktion wahr! Sorgen Sie dafür, dass dieses Land finanzpolitisch wieder in solide Bahnen geführt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die angekündigte Politik dieser Landesregierung macht unser Land Hessen nicht stärker, sondern schwächer. Wir werden mit Ihnen im Interesse der Menschen in Hessen über bessere Konzepte streiten - als harte aber faire Opposition mit dem Ziel, diese Landesregierung in fünf Jahren abzulösen.